Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

69 (22.3.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. II. 3400.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 69 — Freitag, den 22. März 1935 — 106. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In Berlin ist nun die französische und italienische Protestnote überreicht worden, wobei Reichsaußenminister von Neurath jeweils die Begründung der Proteste abgelehnt hat.

*

In einem Telegramm nach Genf hat Laval eine außerordentliche Tagung des Völkerbundsrates gefordert wegen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland.

*

In England wird der französische Schritt in Genf beim Völkerbund stark kritisiert.

*

Im Senat erhielt der französische Ministerpräsident Flandin nach scharfen Angriffen gegen Deutschland ein Vertrauensvotum mit 263 gegen 21 Stimmen.

*

Der deutsche Außenhandel hatte im Februar einen Einfuhrüberschuß von 57 Millionen RM. gegen 102 Millionen RM. im Januar.

Dank des Führers

Berlin, 21. März. Dem Führer sind aus dem ganzen Reich und von Deutschen aus allen Ländern der Erde anläßlich der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zahllose Kundgebungen zugegangen, in denen die Treue zu Volk und Vaterland und das Gemeinschaftsgefühl der Deutschen lebendigen Ausdruck findet. Da es dem Führer wegen der gewaltigen Zahl dieser Briefe und Telegramme nicht möglich ist, jedem der Einsender persönlich zu antworten, sagt er auf diesem Wege allen, die ihm ihre Gesolgschaft und ihre Freude bekundet haben, herzlichsten Dank.

Entlassung des bayerischen Staatsministers Esser

Berlin, 21. März. Auf Vorschlag des Reichsstatthalters in Bayern hat der Führer und Reichskanzler den bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Hermann Esser, aus seinem Amt entlassen. Das Ausscheiden Essers aus dem Amt erfolgt im weiteren Zuge der Durchführung der Reichsreform und der damit in Zusammenhang stehenden Umstellung der bayerischen Verwaltung.

Beginn der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen am Samstag in Paris

Paris, 21. März. Am Samstag beginnen in Paris deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen, die durch den Ablauf des Verrechnungsabkommens am 31. März bedingt sind. Der Leiter der französischen Unterhändler, Ministerialdirektor Bonnefon-Craponne, befindet sich zur Zeit in Rom und wird dieser Tage nach Paris zurückreisen.

Dr. Fricks Glückwunschtelegramm an Hans Grimm

DNB. **Berlin,** 21. März. Der Reichs- und preußische Minister des Innern Dr. Frick hat an den Dichter Hans Grimm zu seinem heutigen 60. Geburtstag folgendes Telegramm geschickt: „Dem großen deutschen Erzähler und Verfasser des deutschen Schicksalsromans „Volk ohne Raum" zum 60. Geburtstag herzliche Glückwünsche.

Heil Hitler

gez. Dr. Frick."

Die Uebersiedlung der Auslandsorganisation der NSDAP nach Berlin

DNB. **Berlin,** 21. März. Die Auslandsorganisation der NSDAP., Reichsleitung, die mit Wirkung vom 1. April von Hamburg nach Berlin übersiedelt, ist am Donnerstag mit ihrem Mitarbeiterstab in Berlin eingetroffen. Zur Begrüßung des Leiters der Auslandsorganisation, des Gauleiters Bohle, und seiner Mitarbeiter hatten sich zahlreiche Vertreter des Reichs, der Partei und der Stadt Berlin eingefunden.

Die Auslandsorganisation bezieht ihre Diensträume in der Tiergartenstraße 4 und 4a. Hier wird sie den gewaltigen Aufgabenkreis erledigen können, der ihr in Gestalt der Betreuung der auslandsdeutschen Volksgenossen zugewiesen ist.

Abreise der deutschen Urlauberschiffe von Madeira

Rückkehr Dr. Leys.

DNB. **An Bord des „Deutschen",** 22. März. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die 3 deutschen Urlauberschiffe haben 21 Uhr die Hauptstadt Funchal verlassen. Sämtliche Fahrgäste sind begeistert von den Erlebnissen und den zahlreichen Eindrücken der vergangenen Tage. Bevölkerung und Behörden hatten ihnen überall einen freundlichen Empfang bereitet. Das zurückhaltende und liebenswürdige Auftreten der deutschen Arbeiter hat seinen Eindruck nicht verfehlt.

Dr. Ley hat sich von seinen engeren Fahrtgenossen bereits verabschiedet. Er reist auf der „St. Louis" bis Lissabon und tritt dann mit dem Flugzeug die Heimreise an.

Eine französische und italienische Note

Französische Note in Berlin überreicht

Berlin, 21. März. Der französische Botschafter, François-Poncet hat Donnerstag vormittag den Reichsminister des Aeußeren, Freiherrn von Neurath aufgesucht, um ihm eine Note zu überreichen, in der gegen das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 protestiert wird. **Der Reichsminister hat die Note entgegengenommen und den Botschafter darauf hingewiesen, daß die von der französischen Regierung gegebene Begründung für ihren Protest der tatsächlichen Lage nicht Rechnung trüge und deutscherseits deshalb abgelehnt werden müßte.**

*

Auch die italienische Note überreicht

Berlin, 21. März. Der italienische Botschafter Cerruti suchte gegen Mittag den Reichsminister des Aeußeren, Freiherrn von Neurath, auf, um ihm eine Note zu überreichen, in der die italienische Regierung gegen die einseitige Abänderung des Versailler Vertrages durch das Reichsgesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 Einspruch erhebt.

Der Reichsminister des Aeußeren hat nach Entgegennahme der Note den Botschafter darauf hingewiesen, daß die dem Schritt gegebene **Begründung abgelehnt werden müsse, da der Versailler Vertrag durch die Nichteinhaltung des Abrüstungsversprechens der anderen unterzeichneten Mächte von diesen nicht eingehalten worden sei.**

*

Der Wortlaut der französischen Note

Berlin, 21. März. Die französische Note an die Reichsregierung hat folgenden Wortlaut:

Der Herr Reichskanzler empfing am 16. März den französischen Botschafter und gab ihm Kenntnis von dem Wortlaut eines an demselben Tage verkündeten Gesetzes, durch das die deutsche Regierung in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und den Personalbestand des deutschen Heeres auf 36 Divisionen erhöht hat. Eine Woche vorher hatten die deutschen Behörden die Begründung einer deutschen Militärluftmacht amtlich bekanntgegeben.

Diese Entscheidungen stehen in direktem Widerspruch zu den vertraglichen Verpflichtungen, die in den von Deutschland unterzeichneten Verträgen niedergelegt sind. Sie stehen ferner im Widerspruch zu der Erklärung vom 11. Dezember 1932, durch die die Reichsregierung aus freien Stücken anerkannt hat, daß eine allgemeine Rüstungsregelung, die für Deutschland Gleichberechtigung mit allen Nationen bringen würde, nicht ohne die Schaffung eines Regimes der Sicherheit für alle durchgeführt werden soll.

Nachdem mehrere Vorschläge zur Verwirklichung dieses Grundsatzes gemacht worden waren, hatte die französische Regierung im Einvernehmen mit der britischen Regierung geglaubt, der Reichsregierung ihr Vertrauen beweisen zu können, indem sie freie, mit der Achtung vor dem Recht der Verträge durchaus zu vereinbarende Verhandlung als Verfahren vorschlug, um auf vertraglichem Wege ein neues Rüstungs-Statut für Deutschland innerhalb einer allgemeinen Regelung das System der Sicherheit und der Rüstungen zu schaffen. Die Reichsregierung schien dieses Vertrauen zu rechtfertigen, indem sie grundsätzlich ein solches Verfahren annahm. Die Veröffentlichung des deutschen Gesetzes vom 16. März, die in brüsker Weise kurz vor dem festgesetzten Datum eines ersten Meinungsaustausches zwischen der Reichsregierung und einer der beiden an dem Londoner Communiqué vom 3. Februar beteiligten Regierungen erfolgte, stellt eine neue Bekundung der Absichten und Methoden dar, die die Reichsregierung den ihr gemachten Verständigungsangeboten entgegenzusetzen gewillt ist.

Die Regierung der Republik sieht sich infolgedessen zu einer zweifachen Feststellung genötigt: Einmal mißachtet die Reichsregierung allgemein und bewußt den völkerrechtswesentlichen Grundsatz **daß keine Macht sich von der Verpflichtung aus einem Vertrage befreien oder dessen Bestimmungen abändern kann, es sei denn mit Zustimmung der vertragsschließenden Parteien und auf Grund einer gütlichen Verständigung.** Ferner hat die Reichsregierung, namentlich nachdem sie selbst den Wunsch geäußert hatte, zwischen den beteiligten Staaten die Vorfragen für Verhandlungen zu klären, zu denen sie eingeladen war, **bewußt diejenigen Maßnahmen ergriffen, die am geeignetsten waren, diese Verhandlungen zur Aussichtslosigkeit zu verurteilen,** indem sie ihnen im voraus einseitig durch eine vollendete Tatsache einen ihrer wesentlichsten Gegenstände entzog.

Die Regierung der Republik hält sich für verpflichtet, **schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen zu erheben,** hinsichtlich deren sie unverzüglich alle Vorbehalte macht. In dem Bewußtsein der Bemühungen, um eine Verständigung, denen sie sich unablässig in aller Loyalität und mit der ständigen Rücksichtnahme auf die deutsche Ehre gewidmet hat, um das Reich vollständig in die Organisation der europäischen Sicherheit einzugliedern, überläßt sie der deutschen Regierung die Last der Verantwortung für den in der Welt so geschaffenen Zustand der Unruhe und der hieraus resultierenden Folgen, nämlich der aus diesem Sachverhalt möglicherweise für die Regierungen der verschiedenen beteiligten Länder entspringenden Pflichten. Entschlossen, ihrerseits alle Mittel der internationalen Zusammenarbeit zu versuchen, die geeignet erscheinen, diese Unruhe zu beseitigen und den Frieden Europas zu erhalten, legt sie Wert darauf, zugleich mit der Achtung vor der bindenden Kraft der Verträge ihre Entschlossenheit zu bekräftigen, sich unter keinen Umständen in irgend welchen Verhandlungen damit abzufinden, daß einseitig in Verletzung internationaler Verpflichtungen ergriffenen Maßnahmen als zu Recht bestehend anerkannt werden.

*

Die italienische Note

Berlin, 21. März. Die dem Reichsaußenminister von dem italienischen Botschafter übergebene Note hat folgenden Wortlaut: Der Reichskanzler hat am 16. März dem italienischen Botschafter einen am gleichen Tage veröffentlichten Gesetzestext mitgeteilt, auf Grund dessen die deutsche Regierung in Deutschland den obligatorischen Heeresdienst wieder eingeführt und die Ist-Stärke des deutschen Heeres auf 36 Divisionen gebracht hat. Eine Woche vorher hatten die deutschen Behörden amtlich die Schaffung einer deutschen Militärluftfahrt mitgeteilt. Die italienische Regierung hat von den in der Angelegenheit von seiten der britischen und französischen Regierung an die deutsche Regierung gerichteten Noten Kenntnis genommen.

Die italienische Regierung kann nicht umhin festzustellen, daß sowohl in den zu Rom am 7. Januar 1935 zwischen der italienischen und der französischen Regierung abgeschlossenen Vereinbarungen als auch in der am 3. Februar veröffentlichten abschließenden Mitteilung über die in London zwischen der britischen und der französischen Regierung gepflogenen Unterredungen der wesentliche Grundsatz erneut anerkannt worden war, daß das im 5. Teil des Vertrages von Versailles festgesetzte Militär-Statut nicht durch einen einseitigen Akt abgeändert werden durfte.

Die italienische Regierung, die ihrerseits immer die Meinung vertreten hat, daß es vorteilhaft wäre, wenn der 5. Teil des Vertrages von Versailles im Wege von Verhandlungen zwischen interessierten Regierungen auf Grund der vollständigen Gleichberechtigung revidiert würde, hatte dem Grundsatz zugestimmt, daß die Frage der deutschen Rüstungen den Gegenstand von Verhandlungen in einer allgemeinen Beratung entsprechend derjenigen hätte bilden müssen, wie sie in der Erklärung vom 11. Dezember 1932, an der Deutschland teilgenommen hat, geplant worden war.

Dieses Verfahren war im Grunde von der deutschen Regierung selbst in ihrer Mitteilung vom 14. Februar angenommen worden.

Die italienische Regierung fühlt sich daher verpflichtet, die weitestgehenden Vorbehalte hinsichtlich der Entscheidung der Reichsregierung und ihrer wahrscheinlichen Auswirkungen einzulegen.

Die italienische Regierung hat immer versucht, das Reich voll und ganz für ein System der Zusammenarbeit zwischen den interessierten Hauptmächten zu gewinnen, das dem Reich vollkommen die Rechte und die Verantwortung eines souveränen Staates zuerkannt haben würde. Gerade von diesen Voraussetzungen her erhält die Entscheidung des Reiches eine besondere Tragweite, zumal mit Rücksicht auf den Zustand der Unsicherheit, den sie in allen Ländern hervorruft.

Die italienische Regierung hat auch neuerdings noch viele Beweise ihres Willens zur internationalen Zusammenarbeit geliefert und beabsichtigt weiterhin einer solchen Einstellung treu zu bleiben, die dem Bedürfnis der Völker und den Erfordernissen des europäischen Zusammenlebens entspricht; trotzdem fühlt sie sich zu der Erklärung verpflichtet, daß sie in etwaigen künftigen Beratungen derartige Sachlagen nicht einfach wird als gegeben hinnehmen können, die aus einseitigen Entscheidungen hervorgehen, durch die Verpflichtungen internationalen Charakters aufgehoben werden.

*

Englische Blätter zur französischen Note

London, 21. März. Die englische Abendpresse berichtet in großer Aufmachung und unter fettgedruckten Schlagzeilen von der Ueberreichung der französischen und italienischen Protestnoten in Berlin und von den **„ablehnenden deutschen Antworten"** auf die beiden Noten. Die französische Note wird allgemein als scharf oder unverblümt bezeichnet. Die Zeitungen bringen Ueberschriften wie „Zurückweisung Frankreichs und Italiens durch Deutschland" oder „Deutschland lehnt zwei Proteste ab".

In einem Leitartikel erklärt „Evening Standard", die Lage sei durch die gestrige Rede des französischen Ministerpräsidenten Flandin sehr verschlechtert worden. Wenn Flandin den Charakter eines Clemenceau oder Poincaré hätte, dann würde Europa stürmischen Tagen entgegengehen. Es sei jedoch anzu-

nehmen, daß die kriegerischen Aeußerungen Flandins nicht in die Tat umgesetzt würden.

Der liberale „Star“ sagt: „Frankreich und seine Verbündeten müssen einsehen, daß England niemals der Ansicht war, Deutschland müsse als ein Paria unter den Nationen behandelt werden, den man unter allen Umständen niederhalten müsse. Dies sei nicht die Ansicht Englands, denn man könne Deutschland nicht mit Gewalt niederdrücken.“

*

Telegramm Lavals an den Völkerbundsrat

Genf, 21. März. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht das Telegramm der französischen Regierung an den Generalsekretär des Völkerbundes. Es hat folgenden Wortlaut:

Durch ein Gesetz, dessen Inhalt am 16. März den Botschaftern Frankreichs, Englands, Italiens und Polens in Berlin mitgeteilt und das am gleichen Tage veröffentlicht worden ist, hat sich die Reichsregierung entschlossen, im Reich die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen und die deutsche Armee auf der Grundlage einer Heeresstärke von 12 Armeekorps und 36 Divisionen neu zu organisieren. Die deutschen Behörden haben außerdem einige Tage vorher die Schaffung einer deutschen Militärluftfahrt öffentlich bekannt gemacht. In dem einen wie in dem anderen Fall hat die deutsche Regierung durch einen einseitigen Akt die vertraglichen Verpflichtungen bewußt verleugnet, die in den Verträgen enthalten sind, die Deutschland unterzeichnet hat. Deutschland hat aber, als es in den Völkerbund eintrat, dessen Mitglied es bis zum Erlöschen der Frist von zwei Jahren von seiner Erklärung vom 21. Oktober 1935 ab noch bleibt, durch die Präambel des Völkerbundspaktes die Verpflichtung auf sich genommen, peinlich alle Verpflichtungen aus Verträgen zu achten, die zwischen den organisierten Völkern abgeschlossen sind. Unter diesen Umständen und im Hinblick darauf, daß nach den Bestimmungen des Absatzes 2 des Artikels 11 jedes Mitglied des Völkerbundes das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Tatsache zu richten, die geeignet erscheint, die internationalen Beziehungen zu berühren und die in der Folge den Frieden oder die guten Beziehungen unter den Nationen, von denen der Friede abhängt, bedroht, hat die Regierung der französischen Republik die Ehre, den Völkerbundsrat mit der Lage zu befassen, die durch die Haltung der deutschen Regierung entstanden ist. In Berücksichtigung des Ernstes der Lage, die durch den deutschen Schritt entstanden ist, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, eine **außerordentliche Tagung des Völkerbundsrates einzuberufen zur Prüfung des hiermit vorliegenden Antrages.**

gez. Pierre Laval.

*

England gegen die Befassung des Völkerbundes mit der deutschen Aufrüstung

London, 21. März. Der Beschluß der französischen Regierung, den Völkerbund mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland zu befassen, wird in England mehr oder weniger scharf verurteilt. „Times“ überschreibt ihren außenpolitischen Leitaufsatz „Ein guter und ein schlechter Beschluß“. Als den guten Beschluß bezeichnet das Blatt den bevorstehenden Pariser Besuch Edens, als den schlechten die französische Berufung an den Völkerbund. Zu dem französischen Beschluß einer Berufung an den Völkerbund übergehend, sagt „Times“, dieser Kurs scheine im vorliegenden Falle wenig Vorteile und einige offenbare Nachteile zu bieten. Es herrsche Einigkeit darüber, daß es ein allgemeines Ziel der europäischen Politik sei, **Deutschland nach Genf zurückzubringen. Nichts aber sei besser geeignet, seine Rückkehr zu verhindern, als eine Anklage vor dem Völkerbundsrat.** Ueberdies könne der Völkerbundsrat nichts weiter tun, als das zu erklären, was jedermann wisse, nämlich, daß Deutschland den Versailler Vertrag verletzt habe. Die wirklich wesentliche Frage sei aber, ob Deutschland während der letzten 15 Jahre in gerechter und billiger Weise behandelt worden ist und ob der Vertrag selbst in allen Beziehungen fair war. Diese Frage könne von keinem Schiedsgericht der Welt beantwortet werden. Das einzige Ergebnis einer Anschuldigung gegen Deutschland müsse sein, dem Völkerbund in den deutschen Augen noch mehr das Aussehen einer deutschfeindlichen Vereinigung zu geben und eine Annäherung Deutschlands an den Völkerbund zu erschweren. Der französische Beschluß sei daher tief bedauerlich.

„News Chronicle“ erklärt die französische Kritik an der britischen Note für vollkommen ungerechtfertigt und sagt, die französische Berufung an den Völkerbundsrat sei auf innerpolitische Beweggründe zurückzuführen. Der Sache des Friedens werde durch solche juristischen Anträge nicht gedient.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Herald“ schreibt: der Beschluß der französischen Regierung sei nur geeignet, die **internationale Lage noch verwickelter und schwieriger zu machen als vorher.** Gegen die Verweisung einer Streitfrage an den Völkerbund sei grundsätzlich nichts einzuwenden, aber die Wirkung werde jetzt wahrscheinlich sein, daß jede Aussicht auf eine sofortige Rückkehr Deutschlands nach Genf vereitelt wird. Es sei nur zu wahrscheinlich, daß auf einer Sitzung des Völkerbundsrates Reden gehalten und Maßnahmen vorgeschlagen werden würden, die die Kluft zwischen Berlin und Genf erweitern und vertiefen müßten.

*

Die Dreimächte-Besprechungen in Paris

Paris, 21. März. Die Pariser Presse begrüßt das Zustandekommen einer Einigung zwischen den drei Großmächten über die Abhaltung einer Besprechung in Paris am Samstag, weil man hierin einen Ausdruck der Gemeinsamkeit sehen will.

„Journal“ sieht jedoch zwischen dieser Besprechung und dem Beschluß der französischen Regierung, den Völkerbund anzurufen, einen Widerspruch. „Die Pariser Konferenz, so schreibt das Blatt, solle dazu dienen, neue Grundlagen für etwaige Verhandlungen mit Deutschland aufzustellen, falls die Berliner Reise Simons solche Verhandlungen möglich erscheinen lassen. Man werde also nun die ursprünglich in London hergestellte Grundlage wieder errichten, wonach jede Legalisierung der deutschen Rüstungen einer Regelung der Sicherheitsfrage und der Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund untergeordnet sei. Wenn man aber die Rückkehr Deutschlands nach Genf in Erwägung ziehe, so könne der Beschluß Frankreichs, den Völkerbund anzurufen, nur eine Formsache darstellen. Man könne nicht gleichzeitig versuchen, Deutschland aus dem Völkerbund zu entfernen und es auf der anderen Seite auffordern, wieder einzutreten. „Petit Journal“ bedauert, daß die erste Dreierbesprechung nicht in Italien stattfindet, um Mussolini die Teilnahme zu ermöglichen. Um so mehr begrüßt man deshalb aber den Beschluß, nach den Berliner Besprechungen des englischen Außenministers eine zweite Konferenz in Italien abzuhalten. Ein Wermutstropfen mischt sich jedoch in die Genugtuung über die Samstag-Besprechung, nämlich das Fernbleiben des englischen Außenministers Sir John Simon. So schreibt Pertinax im „Echo de Paris“, **England habe nur widerwillig dem Wunsche Frankreichs stattgegeben.** Simon selbst habe sich mit einer Wahlversammlung entschuldigt und die englische Regierung habe sich entschlossen, Eden zu entsenden. Der Außenpolitiker des Blattes ist der Ansicht, daß alle bisher getroffenen Maßnahmen nur sehr mittelmäßig seien und den großen Irrtum der englischen Note vom 18. März nicht wieder gutmachten. Die einzig richtige Antwort auf die Beschlüsse der Reichsregierung bestehe in der sofortigen Schaffung eines Mächteblocks zwischen Frankreich, Italien, der Kleinen Entente, Sowjetrußland und der Türkei.

„Oeuvre“ bezeichnet das Zustandekommen der Dreier-Konferenz am Samstag zwar als einen Erfolg der französischen Diplomatie, weist aber gleichzeitig darauf hin, daß durch diese Fühlungnahme vor der Berliner Reise der englische Außenminister in gewissem Sinne auch im Namen Frankreichs in Berlin sprechen werde. Die Schlußfolgerung sei, daß **Frankreich praktisch mit Berlin verhandle, aber wieder einmal durch eine Mittelsperson.**

*

Noch kein Termin für Genf bekannt

DNB. **London**, 21. März. Der Londoner französische Botschafter Corbin überreichte am Donnerstag im Foreign Office eine Abschrift der französischen Note an den Völkerbund. In englischen Regierungskreisen wurde die Ansicht vertreten, daß voraussichtlich keine Sondersitzung des Völkerbundes einberufen werde, bevor die britischen Besuche in Berlin, Moskau und Warschau stattgefunden haben.

Lordsiegelbewahrer Eden erklärte am Donnerstag nachmittag in Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus:

„Der Völkerbundsrat wird am 15. Mai zu einer ordentlichen Sitzung zusammentreten. Soweit ich unterrichtet bin, sind bisher noch keine Vorbereitungen zur Abhaltung einer außerordentlichen Sitzung getroffen worden.“

Auf die weitere Frage, ob Eden die Mitteilung gesehen habe, daß die Franzosen die Einberufung einer Sondersitzung des Völkerbundes forderten, erwiderte der Lordsiegelbewahrer:

„Das scheint eine andere Frage zu sein“.

*

„Hitler hat recht“

Eine argentinische Stimme zur deutschen Aufrüstung

Buenos Aires, 21. März. „La Razon“, die bedeutendste Nachmittagszeitung von Buenos Aires, veröffentlicht unter der Ueberschrift „Deutschland rüstet“ einen Artikel, in dem es u. a. heißt: Hitler hat sich klar und bestimmt ausgedrückt. Deutschland zieht sich vom Versailler Vertrag zurück, weil die anderen Mächte ihr Versprechen, den europäischen Frieden zu sichern, vergessen haben. Hitler hat recht. Deutschlands Lage konnte keinen Tag länger so bleiben. Italien rüstet auf. Frankreich rüstet auf. England rüstet auf. Rußland rüstet auf. Die ganze Welt, mit Ausnahme von Deutschland, rüstet auf. Hierzu besteht keine Berechtigung. Entweder rüsten alle auf oder keiner. Das ist es, was Hitler will. Nach den obersten Naturgesetzen und aus logischen Gesichtspunkten kann niemand die von Hitler dargelegten Vernunftsgründe widerlegen. Deshalb muß man Deutschlands Recht anerkennen, trotz des „pazifistischen“ Frankreich des Herrn Herriot, trotz des militaristischen Italien des Herrn Mussolini, trotz des kommunistischen Rußland Stalins. Wenn Deutschland seine Aufrüstung erreicht, d. h. wenn man es aufrüsten läßt, dann ist der europäische Friede gesichert. Diese Behauptung wird durch die geographische Lage dieses Landes gestützt. Wenn Frankreich, Rußland, Italien und Belgien wirklich den Frieden wollen, müssen sie notwendigerweise zulassen, daß Deutschland aufrüstet.

*

Verständnisvolle Aeußerungen amerikanischer Politiker über die Einführung der deutschen Wehrpflicht

DNB. **Newyork**, 22. März. Der Staatssekretär unter Woodrow Wilson, Colby, befaßte sich in einer Rede mit der Einführung der deutschen Wehrpflicht und erklärte, daß die dadurch geschaffene Lage nach seiner Ansicht keinerlei Kriegsgefahr für Europa darstelle. Die ehemaligen Alliierten hätten die im Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen, ihre Rüstungen herabzusetzen, in keiner Weise streng erfüllt. Er sei der Ansicht, daß in ganz Amerika nur ein Gedanke vorherrsche, nämlich, daß es Pflicht für Amerika sei und in seinem Interesse liege, sich von den europäischen Anlegenheiten fernzuhalten.

Der ehemalige Staatssekretär Kellogg führte in einer Rede zu der gleichen Angelegenheit aus, es bestehe keine Kriegsgefahr in Europa. Die europäischen Nationen seien an der gegenwärtigen Lage nicht völlig frei von Schuld. Im Versailler Vertrag hätten sie sich zur Abrüstung verpflichtet, doch könne er sich nicht entsinnen, daß irgendeine Nation dies getan habe. Es liege eine gewisse Wahrheit in dem Aufruf des Reichskanzlers, daß die anderen Nationen sich bereit erklärt hätten, ihre Rüstungen herabzusetzen, und keine von ihnen dies getan habe.

3,5 Milliarden Francs für die französische Luftfahrt

Paris, 21. März. Bei der Sitzung des Luftfahrtausschusses der Kammer am Mittwoch hat Luftfahrtminister General Denain angekündigt, daß er unverzüglich einen **Gesetzesvorschlag einbringen werde, der es ihm erlaube, die für das kommende Jahr vorgesehenen Kredite für die Militärluftfahrt in Höhe von einer Milliarde Francs sofort zum Ausbau der französischen Luftstreitkräfte zu verwenden.** Es sollen diese Kredite um eine halbe Milliarde erhöht werden, so daß der Luftfahrtminister zusammen mit den für 1935 bereitgestellten Krediten in Höhe von 2 Milliarden Francs über 3,5 Milliarden Francs verfügen würde.

Änderung im Hause Tiebruck

Roman von Christel Broehl-Delhaes

Copyright by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

32

(Nachdruck verboten.)

„Fräulein Kamilla Tiebruck ist zu vernehmen!“ veranlaßte der Vorsitzende.

„Meine Tochter liegt seit Wochen an einem hitzigen Nervenfieber danieder.“

„Hm“, machte der Vorsitzende, und sein Bleistift schlug Takte auf den Tisch, „Ihre Tochter weilte bei Ihnen in Königstein zur Erholung?“

„Ja, wir hatten Ursache, um ihren Nervenzustand besorgt zu sein.“

„Ist es möglich, daß Fräulein Kamilla das folgenschwere Telegramm an Doktor Alk in einem Zustand völliger Unzurechnungsfähigkeit gesandt hat? Ich appelliere an den Arzt in Ihnen, Herr Professor, nicht an den Vater.“

Hier mischte sich Alk ein, und es war das erstemal, daß er sprach.

„Diese Frage, Herr Vorsitzender, ist recht überflüssig. Fräulein Tiebruck ist vollkommen normal und gesund.“

„Woher wollen Sie das behaupten?“ fragte der Vorsitzende zum ersten Male etwas scharf gegen Alk.

„Weil ich Fräulein Tiebruck besonders gut kenne —“

In diesem Augenblick begegnete Alk Maria Tiebrucks Augen, und diese brannten sich mit solcher Verachtung und Drohung in ihn ein, daß er schwieg. Aber Tiebruck hob den Blick und sah Alk eine Weile an, als fiele ihm ein Schleier von den Augen.

Diese aufregenden Minuten verlängerte Doktor Brenzel noch, indem er sich jäh erhob und den Vorsitzenden bat, ihn ein paar neue Worte der Aufklärung sagen zu lassen. Seinem Wunsch wurde nachgekommen. Die Ruhe im Saal wurde wiederhergestellt. Alles wartete fiebernd auf eine neue Eröffnung. Westpfahl lehnte sich zurück. Mit einem Blick, gemischt aus Neugier und Spott, betrachtete er diesen unschönen, kleinen, unscheinbaren Mann.

„Meine Herren, es handelt sich hier gar nicht um die Telegramme. Sie hatten nichts mehr zu sagen und dienten nur noch zur Deckung. Alks Telegramm soll am 27. Juni angekommen sein. Alk mag sich erst haben decken wollen, nachdem ihm ein Versuch danebengegangen war. Er hat nämlich bereits eine Impfung mit tödlichem Ausgang am 25. Juni vorgenommen. Das Kind starb in den Abendstunden des 25. Juni. Auf dem Totenschein stand als Todesursache: Diphtherie. Das Kind wurde als kinderlähmungsverdächtig eingeliefert und starb durch die Serumspritze!“

„Das ist nicht wahr!“ schrie Doktor Alk, und seine schmale Gestalt bäumte sich empor wie eine Flamme. Seine Stirn glänzte gelb, die schwarzen Jungenhaare fielen wirr herein. So glich er — und Maria erschauerte bei dem Anblick — dem genialen Geiger, dessen hinreißendes Spiel sie oft begleitet und das Kamilla angezogen hatte. Die arme, kleine Kamilla!

In diesem Augenblick hatte man ein fassungsloses Mitleid mit Doktor Alk. Er stand da wie ein Schauspieler in einer tragischen Rolle, und alle Frauen waren geneigt, ihn weinend in seiner gekränkten Unschuld zu bemitleiden. Ohne Mitleid aber war der Mann, der ihn in der Hand hatte: der kleine, unscheinbare Doktor Brenzel.

„Der von mir mit Recht Angeklagte versucht zu leugnen. Ich beantrage die Vernehmung der Schwester Marie-Luise Heber.“

„Nein!“ schrie Horst Alk. „Nicht Marie-Luise! Sie weiß von nichts, sie ist unschuldig. Ich will ein Geständnis ablegen.“

Die Nerven waren bis aufs äußerste angespannt bei dem Geständnis eines Menschen, den sein Ehrgeiz nun ins Zuchthaus treiben würde. Es kam zur Sprache, daß sich Alk skrupellos der Neigung Kamilla Tiebrucks bedient hatte, um zu seinem Ziel zu kommen. Er schilderte, wie das junge Mädchen ihn gedrängt habe, über ihrer beider Verhältnis zueinander mit ihrem Vater zu sprechen. Mit Bedacht habe er sie jedoch hingehalten und sie immer wieder wissen lassen, daß er sie heiraten würde, wenn die Erfindung des Serums gelungen wäre. Von Königstein aus habe sie ihm noch einmal geschrieben, er aber ließ sie acht Tage warten, um ihre Sehnsucht bis ins unerträgliche zu steigern. Dann sandte er das Telegramm ab. Er hatte richtig kalkuliert. Die Antwort kam. Wäre keine Antwort oder eine ablehnende des Professors gekommen, so würde er einen Druck auf Kamilla ausgeübt haben, um in den Besitz einer Deckung zu kommen.

„Man hat mir“, so sagte er lächelnd zum Schluß, „bisweilen hypnotische Kräfte zugesagt. Vielleicht halfen mir diese damals, Kamilla zu veranlassen, das mich ‚rettende‘ Telegramm abzusenden.“

„Hatten Sie keine Furcht, Fräulein Tiebruck würde den wahren Sachverhalt verraten?“ fragte der Vorsitzende.

„Nein“, erwiderte der Angeklagte mit seinem etwas infamen Lächeln, „es wäre keiner Frau eingefallen. Und Fräulein Kamilla Tiebruck liebte mich.“

Tiebruck verließ das Gerichtsgebäude. Er war freigesprochen von jeder Anklage. Rein und unangetastet wie bisher stand sein Name. Aber der Mensch, dem er neben seiner Familie das meiste Vertrauen entgegengebracht hatte, brachte es fertig, einen anderen Namen Tiebruck in den Schmutz der Oeffentlichkeit zu treten: den Namen der jungen Kamilla Tiebruck. Das war nicht so leicht zu verwinden. Mädel, sein Mädel.

Marias Arm war an dem seinen. Die treue, die geliebte, kluge Frau. Was hatte sie von Anfang an über Horst Alk gesagt? Er war ihr gram gewesen, weil sie einer Verbindung zwischen Alk und Kamilla so ablehnend gegenübergestanden hatte. Sie wollte Kamilla aus dem Hause haben. Weil sie Gefahr witterte mit dem feinen Instinkt der mütterlichen Frau. Er hatte ihr nachgegeben, als es bereits zu spät war.

„Wir bringen sie wieder hoch“, hörte er leise die Stimme der Frau neben sich, als habe sie seine Gedanken gewußt, „du sollst sehen, was sie nach dieser bitteren Schule für ein herrlicher, vollwertiger Mensch wird. Sie hat Alks Unwert ja bereits eingesehen, und das Bewußtsein, einem Unwürdigen fast den geliebten Vater zum Opfer gebracht zu haben, warf sie nieder. Du sollst sehen. Wir werden sie retten.“

„Ja“, sagte Tiebruck, „ja —“, und seine Hand suchte die ihre mit mattem Druck, „es ist viel über uns gekommen. Aber du wirst es zuwege bringen. Du hast schon einmal eins meiner Kinder dem Tod abgerungen. Ich weiß, daß es dir auch diesmal gelingen wird. Wenn ich dich nicht hätte, Maria —“

Sie bahnten sich durch die Neugierigen, Journalisten und Photographen einen Weg zu ihrem Wagen. Tiebruck sah müde und verfallen aus, als hätte ihn diese zermürbende Gerichtsverhandlung zum alten Mann gemacht. Neben ihm schritt sein Sohn Georg, jung, frisch, von Kraft strotzend. Tiebruck schaute manchmal nach ihm, wie nach einer Hoffnung.

Am Abend saß Tiebruck lange an Kamillas Bett. Sie kannte ihn nicht, und in den Fieberträumen, die sie hin und her warfen, schrie sie stückweise ihre ganze innere Not heraus. Der Name des Vaters tauchte darin auf, sie rief auch nach Horst Alk und nach Maria.

Tiebruck legte seine Hand auf ihre brennende Stirn, seine eiskalte Hand. Darunter wurde sie ruhig, ganz ruhig.

*

Im September ließ sich Frau Laura Pasting noch einmal bei Maria melden.

„Ich weiß, Sie haben unendlich viel mitgemacht, Frau Professor“, sagte sie, „wenn ich auch kaum Zeit gehabt habe, den Prozeß zu verfolgen. Ich habe sehr viel durchgemacht —“

„Das Kind —?“ flüsterte Maria und sah an ihrer schwarzen Tracht herab.

„Ja, ich habe das Kind gehabt“, sagte Laura Pasting. „Einen ganzen langen, unsäglich schönen Monat habe ich Mutter sein dürfen. Aber ich bin wieder allein —“, und hier verließ sie ihre mühsam bewahrte Fassung, „alles ist wieder vorbei, gerade so, als sollte es mir nur einmal gezeigt werden, wie schön es ist, ein Kind zu haben.“

Maria wußte nicht, was sie entgegnen sollte. Der Schmerz der Frau ergriff sie mehr, als sie sagen konnte. Sie wollte etwas fragen, aber sie wußte im Augenblick nicht, wie sie es zart genug tun sollte. Laura Pasting sprach schon weiter:

„Das Kind war stark und kräftig; es bekam Brechdurchfall. Ich habe getan, was ich konnte, aber das kleine Leben war nicht mehr zu retten. Alle Qualen habe ich durchgemacht, aber es hat mir nichts genützt. Aehnlich, wie es der Mutter zumute ist, die ihr Kind sterben sieht, muß auch die Mutter fühlen, die ihr Kind verlassen muß.“ Sie hob den Kopf und starrte Maria mit einem großen, ganz aufgeschlossenen Blick an. „Welche Leiden sind das, welche unfaßbaren Leiden für den der sie nie am eigenen Leib gespürt. — Oh, ich habe viel darüber nachgedacht. Es hat greifbar nahe vor mir gestanden, wie wohl Frau Margarete Pasting, die Mutter Günters, gestorben sein muß. — Und dann geht so ein Mann und Vater hin und nimmt sich irgendeine neue Frau und fragt nicht, was mit dem Kind wird, ob sie sich dessen annimmt oder nicht. Ja, da geht so ein Vater hin und heiratet Frauen, wie ich eine war —“

(Fortsetzung folgt.)